

Berlin, 10. Mai 2021



Beschluss des Parteirats

Grüne Selbstverpflichtung für einen fairen Bundestagswahlkampf 2021

1
2
3 Beschluss des Parteirats Seite 1 Berlin, 10. Mai 2021

4
5
6 Berlin, 10. Mai 2021
7 Beschluss des Parteirats

8 Grüne Selbstverpflichtung für einen fairen 9 Bundestagswahlkampf 2021

10 Wir wollen unsere Demokratie stärken und verteidigen sie deshalb gegen intransparente Beeinflussungsversuche
11 und Angriffe auf den Wahlprozess und Wahlkampf. Wir streiten leidenschaftlich für unsere Werte und Ziele. Wir
12 sind uns sicher: politischer Streit und die Auseinandersetzung über den besten Weg und die besten Ideen sind
13 Lebenselixiere unserer Demokratie. Dieser Streit kann kontrovers und auch mal zugespitzt in den Botschaften und
14 Aktionen ausgetragen werden –aber er muss immer fair bleiben. Das gilt besonders für einen vorrangig digitalen
15 Wahlkampf. Dafür setzen wir uns ein.

16 In den vergangenen vier Jahren gab es leider nur geringe Fortschritte, was die Absicherung fairer, transparenter
17 und unbeeinflusster digitaler Wahlkämpfe angeht. Zu gesetzlichen Verpflichtungen war die Große Koalition nicht
18 bereit. Dies wollen wir in der kommenden Legislaturperiode ändern und uns in Deutschland und Europa für klare
19 Regeln und eine bessere Kontrolle stark machen, dazu gehört auch die Unterstützung entsprechender Monitoring-
20 Stellen.

21 Wir legen deshalb eine eigene Selbstverpflichtung für einen fairen Wahlkampf vor. Mit dieser
22 Selbstverpflichtung binden wir uns als Bundespartei. Unsere Mitglieder, Gliederungen und Unterstützerinnen und
23 Unterstützer informieren wir darüber. Bei unseren politischen Mitbewerber*innen werben wir weiter für eine
24 gemeinsame Selbstverpflichtung.

25 **Für das Wahljahr 2021 beschließen wir folgende Leitlinien für einen fairen Wahlkampf:**

26 1. Demokratie lebt vom Mitmachen. Wir werden unsere Mitglieder und Unterstützer*innen bitten, sich aktiv in die
27 politischen Diskussionen einzubringen. Dabei soll in gegenseitigem Respekt voreinander um die richtigen
28 Lösungen gerungen und mit offenem Visier gestritten werden. Das bedeutet für uns auch: Wenn Parteien die

29 Absenderinnen einer Botschaft sind, muss dies klar erkennbar sein. Sei es in der Online-Diskussion, beim Teilen
30 von Inhalten oder auch bei bezahlter Werbung. Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft müssen umfassend
31 Zugang zu den entsprechenden Daten der Werbebuchungen bekommen, um somit eine umfassende Transparenz
32 herzustellen. Wir werden als Partei regelmäßig im Wahlkampf, mindestens einmal die Woche, eine Übersicht über
33 unsere digitalen Werbemaßnahmen öffentlich zugänglich machen bzw. auf die öffentlichen Register der Anbieter
34 hinweisen. Bei Bedarf werden wir dazu auch mit Dritten aus der Zivilgesellschaft oder Wissenschaft kooperieren.
35 Die großen Online-Werbeanbieter bieten mit ihren riesigen Datensilos ein umfassendes und datenschutzrechtlich
36 sehr bedenkliches System mit granularen Einstellungsmöglichkeiten für die Ansprache von Zielgruppen an.

37 Dieses Targeting wollen wir beschränkt auf die Merkmale

38 Beschluss des Parteirats Seite 2 Berlin, 10. Mai 2021

39

40 Alter, Ort, Geschlecht und Interessen nutzen. Als Partei beteiligen wir uns intensiv an allen Möglichkeiten, die
41 sich für den demokratischen Wettstreit bieten. Wir gewähren insbesondere freien Zugang zu öffentlichen Online-
42 Angeboten wie auch der Presse Zugang zu unseren öffentlichen Veranstaltungen.

43

44 2. Wir führen den Wahlkampf mit Fakten und Argumenten. Der bewussten Verbreitung von Falschmeldungen,
45 gefälschten Zitaten, persönlichen Diffamierungen und Lügen stellen wir uns weiterhin entschieden entgegen. Wir
46 werden entschlossen dagegen vorgehen, dass sie Teil der Wahlkampfauseinandersetzung werden. Wir lehnen es
47 ab, sensible persönliche Informationen, beispielsweise durch Doxing gewonnen, zur eigenen Profilierung zu
48 gebrauchen. Das Gleiche erwarten wir von allen Parteien, die zur Wahl antreten. Bei Veröffentlichungen durch
49 Dritte, erkundigen wir uns im Zweifel zunächst bei den Betroffenen, ob die Meldung wahr ist und ob sie durch
50 Manipulation oder durch die Nutzung entwendeter Daten entstand. Bei geleakten Daten spielt die Quelle eine
51 besondere Rolle für die Einordnung. Objektive Berichterstattung von Journalist*innen und Medien, die
52 journalistische Gütekriterien einhalten, haben eine wichtige Rolle im Kampf gegen bewusst verbreitete
53 Falschdarstellungen. Plattformen und Soziale Netzwerke müssen zudem Voraussetzungen schaffen,
54 Desinformationskampagnen zeitnah zu unterbinden. Das gilt auch für Kampagnen mit offensichtlich nur zu diesem
55 Zweck erstellten Accounts. Wir stellen Informationsangebote zur IT-Sicherheit bereit, damit sich unsere
56 Parteimitglieder und Kandidat*innen besser vor IT-Angriffen schützen können, zum Beispiel bei Themen wie
57 sichere Passwörter, 2-Faktor-Authentifizierung oder den Schutz von Profilen in Sozialen Netzwerken.

58

59 3. Mit Hilfe von technischen Möglichkeiten, sogenannten Social Bots, wird die öffentliche Meinung künstlich
60 verzerrt. Einige wenige nutzen technisches Wissen, um Zuspruch vieler zur eigenen Meinung vorzutäuschen und
61 Inhalte weit im Netz zu streuen. Das lehnen wir ab, denn automatisierte Propaganda und gezielte Desinformation
62 können keine Mittel demokratischer Auseinandersetzung sein. Klar gekennzeichnete automatisierte
63 Kommunikationssysteme, um beispielsweise Fragen zum Wahlprogramm zu beantworten, können allerdings eine
64 sinnvolle Hilfe für Bürger*innen sein. Unser Ziel ist es, eine intransparente Beeinflussung demokratischer
65 Willensbildungsprozesse zu verhindern. Selbstverpflichtungen sind ein erster wichtiger Schritt, reichen aber

66 unseres Erachtens nicht aus. Darüber hinaus werden wir uns für weitere Anstrengungen bis hin zu gesetzlichen
67 Maßnahmen einsetzen, um den manipulativen Einsatz von automatisierten Kommunikationssystemen auf digitalen
68 Plattformen zu identifizieren, transparent zu machen und so gut es geht zu unterbinden.

69

70 4. Wir informieren auf den sozialen Plattformen und setzen auf Dialog mit den Nutzer*innen. Themenbezogene
71 Werbe- und Unterstützer*innen-Aktionen durch gezieltes Ausspielen von politischen Positionen sind ein legitimes
72 Mittel, um möglichst viele Menschen im Netz auf unsere Positionen hinzuweisen und in den Dialog zu treten. Wir
73 gehen transparent damit um und nutzen die Möglichkeiten der gezielten Wähleransprache nur im Rahmen der
74 hohen deutschen und europäischen Datenschutzstandards und in enger Absprache mit den zuständigen
75 Aufsichtsbehörden. Fake-Follower, Likes oder Kommentare für Social Media Seiten zu kaufen, lehnen wir als
76 manipulatives Mittel ab. Der Absender von bezahlter Werbung muss klar erkennbar sein. Wo immer Social-
77 Media-Redakteur*innen oder andere Mitarbeiter*innen im Auftrag unserer Partei kommentieren, machen wir das
78 als Äußerung der Parteikennlich bzw. weisen im Profil auf das Arbeitsverhältnis hin. Wir akzeptieren keine
79 bezahlten Äußerungen und keine gesteuerte Stimmungsmache aus ausländischen Trollfabriken.

80

81 5. Antisemitische Stereotypen, rassistische, sexistische, verschwörungsideologische, verleumderische oder
82 beleidigende Inhalte und gewaltverherrlichende Kommentare werden auf unseren Seiten nicht geduldet. Unsere
83 Social-Media-Redakteur*innen werden Verstöße gegen die Netiquette und strafbare Meinungsäußerungen zum
84 Schutze der Betroffenen möglichst zeitnah ahnden, dies führt auch dazu, dass wir Nutzer*innen blocken. Wenn die
85 Grenze zur Strafbarkeit überschritten ist, bringen wir entsprechende Kommentare konsequent zur Anzeige, die
86 Anzahl der Anzeigen nennen wir öffentlich. Wir behalten uns rechtliche Schritte auch vor, wenn gegen das Recht
87 am eigenen Bild oder Ton verstoßen wird oder um gegen die Verbreitung von Unwahrheiten vorzugehen.

88

89 6. Um den Kampf gegen Hate Speech erfolgreich weiterführen zu können und noch effektiver zu gestalten, suchen
90 wir auch den Austausch mit den Vertreter*innen der großen Social-Media-Plattformen, die in der Vergangenheit
91 ihrer großen gesellschaftlichen Verantwortung leider oftmals nicht gerecht geworden sind. Hier setzen wir uns
92 weiterhin auch für neue gesetzliche Regelungen sowohl auf deutscher wie europäischer Ebene ein, auch und v.a.
93 bezüglich der Legitimität und Transparenz politischer Werbung. Selbstverpflichtungen der Anbieter reichen uns
94 hier nicht. Kurzfristig sind weitere Schritte dringend nötig: Offensichtliche Falschinformationen müssen mit
95 einem entsprechenden Disclaimer versehen und dürfen nicht weiter verbreitet werden. Soweit einmal als
96 rechtswidrig festgestellte Inhalte in Form eines Memes, Bild, Audiobeitrages oder Videos erneut als identische
97 Inhalte öffentlich zugänglich gemacht werden, müssen diese Uploads nach Meldung umgehend gelöscht werden,
98 wenn kein Ausnahmegrund vorliegt, zum Beispiel in Form einer journalistischen oder wissenschaftlichen
99 Auseinandersetzung mit dem Inhalt. Unwahren Behauptungen auch aus unseren eigenen Reihen werden wir
100 entschieden entgegentreten. Für Mitglieder, die von Angriffen von Rechts betroffen sind, haben wir eine
101 Anlaufstelle geschaffen. Über Falschmeldungen zu unserer Partei und unseren Kandidat*innen klären wir auf und
102 bieten eine Möglichkeit, diese zu melden.

103

104 7. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen zur Parteienfinanzierung und zum Datenschutz geben unserem
105 Handeln im Wahlkampf einen klaren Rahmen vor. Wir fordern weiterhin, die Veröffentlichungsgrenzen für
106 Parteispenden abzusenken, diese zu deckeln und auf natürliche Personen zu beschränken. Für Parteisponsoring
107 wollen wir Regeln einführen, etwa die Veröffentlichung ab dem ersten Euro. Wir wollen die demokratische
108 Auseinandersetzung stärken und lehnen daher Störaktionen gegenüber den demokratischen Mitbewerbern ab, wie
109 auch Vandalismus an Wahlkampfplakaten.

110